

**"Ob Kreistag, Gemeinde- oder Stadtvertretung - keine Zusammenarbeit mit der rechtsradikalen AfD!"**

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Kommunalvertretungen im Land haben sich konstituiert. Ausschüsse wurden besetzt und deren Vorsitzende gewählt. Seit der Kommunalwahl sitzen mehr Vertreterinnen und Vertreter der rechtsradikalen AfD in den Kommunen und machen keinen Hehl aus ihrer Gesinnung. Im Kreistag des Landkreises Rostock prahlten die Kreistagsmitglieder der AfD auf ihrer Facebook-Seite damit, dass sie zusammen mit der CDU die „Überfremdung“ des Landkreises verhindert hätten. DIE LINKE im Kreistag hatte einen Antrag eingebracht, den Landkreis Rostock zum „Sicheren Hafen“ für Geflüchtete zu machen.

Dieses Beispiel macht deutlich: Die AfD ist eine durchweg inhumane, völkische und rassistische Partei, die in Mecklenburg-Vorpommern das Erbe der NPD angetreten hat. Im Terror-Netzwerk Nordkreuz, das auch Mordanschläge gegen unsere Mitglieder geplant hat, haben maßgeblich AfD-Mitglieder mitgewirkt.

Wir fordern alle gewählten Kommunalvertreterinnen -und Vertreter dazu auf, klare Kante gegen die AfD zu zeigen. Diese Partei ist unser klarer Feind, dem wir keinen Millimeter auf dem politischen Terrain entgegenkommen. Bitte berücksichtigt den Beschluss des Landesvorstandes „Von Boizenburg bis Wolgast - keine Zusammenarbeit mit der AfD!“ für eure kommende Arbeit.

Wir wünschen euch viel Erfolg in den kommenden Jahren.

Eure Landesvorsitzenden

Wenke Brüdgam und Torsten Koplin"

---

**DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern**

**Beschluss des Landesvorstandes vom 9. September 2017**

***“Haltung zeigen! Von Boizenburg bis Wolgast: Keine Zusammenarbeit mit der Alternative für Deutschland.***

*Der Landesvorstand erteilt Versuchen, mit Mitgliedern und UnterstützerInnen der Partei “Alternative für Deutschland” (kurz: AfD) in jeglicher Form zusammen zu arbeiten, eine klare Absage.*

*Die Veröffentlichung der Chat-Protokolle des nun ehemaligen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Holger Arppe und weiterer Landtagsabgeordneter sowie Vertreterinnen und Vertreter dieser Partei, geben*

*einen unmissverständlichen Einblick in das menschenverachtende Weltbild der AfD. Sie offenbaren das Innenleben einer Partei, in der Tötungsfantasien gegen Linke unwidersprochen bleiben und sogar noch angeheizt werden. Tabubrüche und Scheindistanzierungen im Nachgang sind kalkulierte Manöver mit dem Ziel, rechtsextremistische Haltungen in der Gesellschaft zu verankern.*

*Hinter der offiziellen Maske einer sich bürgerlich und national-konservativ gebenden Partei, wird ein radikales Gedankengut gepflegt, das selbst Aussagen der NPD in nichts nachsteht und auch im bundesdeutschen Vergleich kein Einzelfall ist.*

*Aufforderungen, sich nach Außen gegenüber den demokratischen "Blockparteien" friedlich und besonnen zu geben und ihnen "Honig ums Maul zu schmieren" und "sie alle an die Wand zu stellen", sobald man so weit sei, sind Ausdruck dieser nicht länger für uns hinnehmbaren Bigotterie. In Anbetracht solcher Strategien - seien sie auch nur von Einzelpersonen - verbieten sich Kooperationen mit der AfD.*

*Es geht für DIE LINKE um Glaubwürdigkeit. Wir können uns nicht von der Zusammenarbeit mit rechtsextremen Kräften, wie der NPD, in aller Form distanzieren und gleichzeitig über Gewaltandrohungen gegenüber linken Kräften und von Hass getriebener Argumentation durch die AfD hinwegsehen. Der Landesvorstand wird eine Kooperation mit der AfD nicht hinnehmen und ruft alle Mitglieder der Partei zu ebensolcher Kritik auf.*

*Wir beobachten zudem mit Sorge ein gesellschaftliches Klima, in dem von immer mehr Menschen massive Gewaltandrohungen von rechts hingenommen, bagatellisiert und damit normalisiert werden. Dies verdeutlicht, wie weit das Gedankengut rechter Kräfte bereits wieder in die Gesellschaft vorgedrungen ist. Selbst die mediale Berichterstattung, wie zuletzt in den Fernsehduellen zur Bundestagswahl, lässt sich von falschen Behauptungen und Themensetzung von rechts treiben und trägt somit zu einer Verbreitung und Normalisierung rechter Argumente bei. Gerade in so einer Zeit braucht es eine klare Haltung gegen den Hass und die Diffamierung unseres freiheitlich-demokratischen Systems. Dafür muss die DIE LINKE geschlossen einstehen. Mit dieser Haltung, unseren programmatischen Vorstellungen und unserer Sacharbeit für alle Menschen, müssen wir die Wählerinnen und Wähler von uns überzeugen.*

*Wir bestärken alle Genossinnen und Genossen, die sich in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Menschen befinden, weiterhin für ein solidarisches Miteinander zu streiten.“*